

MBI NE-METALLE MONITOR

Mit Content von Dow Jones

UNTERNEHMEN | MÄRKTE | PREISE

Freitag, 6. Dezember 2024 | Nr. 25

Herausforderungen steigen weiter

Unternehmen der NE-Metallbranche müssen sich auf neue EU-Batterieverordnung einstellen

Die neue EU-Batterieverordnung hat erhebliche Auswirkungen auf Unternehmen der Nichteisen-Metallbranche. Denn Metalle wie Kobalt, Lithium, Nickel und Blei sind wesentliche Bestandteile moderner Batterien. Daher bedeutet die Einführung der neuen Batterieverordnung für Unternehmen im Bereich der NE-Metalle, dass sie sich auf diese Veränderungen einstellen und ihre Strategien anpassen müssen, um den Herausforderungen gerecht zu werden.

Seite 7

Marktbericht Aluminium

Werke planen oft längere Betriebsferien

Auf dem deutschen Aluminiummarkt zeichnet sich ein ruhiges Jahresende ab. Die Werke kämpfen, um ihre Kapazitäten auszulasten. Viele planen mit längeren Betriebsferien als üblich. Der Großteil der Werke beginnt spätestens ab 18. Dezember, die Produktion herunterzufahren.

Seite 2

Aluminium

Rio Tinto will Produktion in Finnland aufbauen

Rio Tinto prüft den Aufbau einer Aluminiumproduktion „auf der grünen Wiese“ in Finnland. Sollte das Projekt erfolgreich sein, wäre dies die erste Entwicklung einer Primäraluminiumproduktion in Kontinentaleuropa seit über 30 Jahren.

Seite 3

Marktbericht Kupfer

Lagerbestände werden zum Jahresende zurückgefahren

Auf dem Kupfermarkt ist es ruhig geworden. Die Hütten sind auskömmlich mit Kupferschrotten versorgt, weswegen es auf dem Schrottmarkt wenig Bewegungen gibt. Alle sind bestrebt, ihre Lagerbestände bis Jahresende so weit wie möglich zurückzufahren.

Seite 5

Lieferkettengesetz

Unternehmen bekommen mehr Zeit zur Umsetzung

Deutsche Unternehmen bekommen mehr Zeit, um ihren Bericht nach dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz abzugeben. Erstmals zum Stichtag 1. Januar 2026 soll nun die Einhaltung der Berichtspflichten geprüft werden. Bisherige Frist war der 31. Dezember 2024.

Seite 9

Kritische Metalle

Handelskonflikt zwischen USA und China schadet

Das Forschungsinstitut IfW Kiel sieht im jüngsten Handelskonflikt zwischen den USA und China um Rohstoffe für die Chipproduktion eine Gefahr auch für Deutschland. Dabei geht es unter anderem um die Metalle Gallium, Antimon und Germanium.

Seite 12

MBI NE-Metalle-Prognose

Bessere Wirtschaftsdaten in China, aber Unsicherheit

Die Jahresendrally bei den NE-Metallen dürfte nur bei Kupfer, Zinn und Zink hinreichend stark sein, um zu einem Plus beim Vergleich über vier Wochen zu führen. Durch die jüngste negative Entwicklung sollten im Vier-Wochen-Vergleich dagegen die Metalle Aluminium, Blei und Nickel im Minus enden.

Seite 15

LME-Kurse und -Lagerbestände



	5.12.	4.12.
Kasse		
USD/t	2.620,50	2.583,00
EUR/t	2.486,95	2.461,88
3 Monate		
USD/t	2.644,00	2.615,00
EUR/t	2.509,25	2.492,38
Dezember 2025		
USD/t	2.683,00	2.648,00
EUR/t	2.546,27	2.523,83
Lagerbestände (in t)	687.125	689.725



	5.12.	4.12.
Kasse		
USD/t	8.967,00	8.951,00
EUR/t	8.510,01	8.531,26
3 Monate		
USD/t	9.084,00	9.068,00
EUR/t	8.621,05	8.642,78
Dezember 2025		
USD/t	9.330,00	9.310,00
EUR/t	8.854,51	8.873,43
Lagerbestände (in t)	270.525	268.500

Quelle: London Metal Exchange; Offizielle Preise

„Die fetten Jahre sind vorbei“

Viele Aluminiumproduzenten bereiten sich auf ausgeweitete Betriebsruhe vor

Auf dem deutschen Aluminiummarkt zeichnet sich ein ruhiges Jahresende ab. Die Werke kämpfen, um ihre Kapazitäten auszulasten. Viele planen mit längeren Betriebsferien als üblich. Der Großteil der Werke beginnt daher spätestens ab dem 18. Dezember, die Produktion herunterzufahren, nur wenige produzieren bis zum 20. Dezember durch. Die meisten würden in KW52 und KW1 komplett dichtmachen, berichten Marktteilnehmer, und dann erst ab dem 6. Januar wieder produzieren. An den Entfallstellen für Schrotte ist bereits jetzt weniger los, denn Aluwerke und Zulieferer kaufen bereits nichts mehr. Alle sind bestrebt, ihre Bestände aus bilanztechnischen Gründen zum Jahresende hin abzubauen – was sich aufgrund von hohen Vorräten häufig schwierig gestaltet.

Die Aluminiumnachfrage aus dem Automobilbereich wird als „ausgesprochen verhalten“ beschrieben. „Die fetten Jahre sind vorbei und die meisten treten auf die Bremse“, kommentiert ein Einkaufsleiter aus der Zulieferbranche die Lage.

Die Preise für Umschmelzblöcke bewegen sich derzeit in einer weiten Spanne. Die Standardqualität 226D geht mit durchschnittlich 2.270 Euro je Tonne (frei Werk geliefert) plus/minus 40 Euro über den Ladentisch. Die Schrottnapppheit spitzt sich wei-

ter zu, denn weniger Produktion bedeutet auch weniger Entfall von Schrotten. Der Preis für Späne legte in den letzten beiden Wochen infolge des reduzierten Angebots und zunehmender Exporte weiter zu und hat sich mit 1.380 Euro je Tonne im Schnitt um 30 Euro verteuert, was die Margen

Der Markt auf einen Blick

- ▶ Export von Umschmelzblöcken lohnt sich derzeit
- ▶ Schrottpreise ziehen weiter an

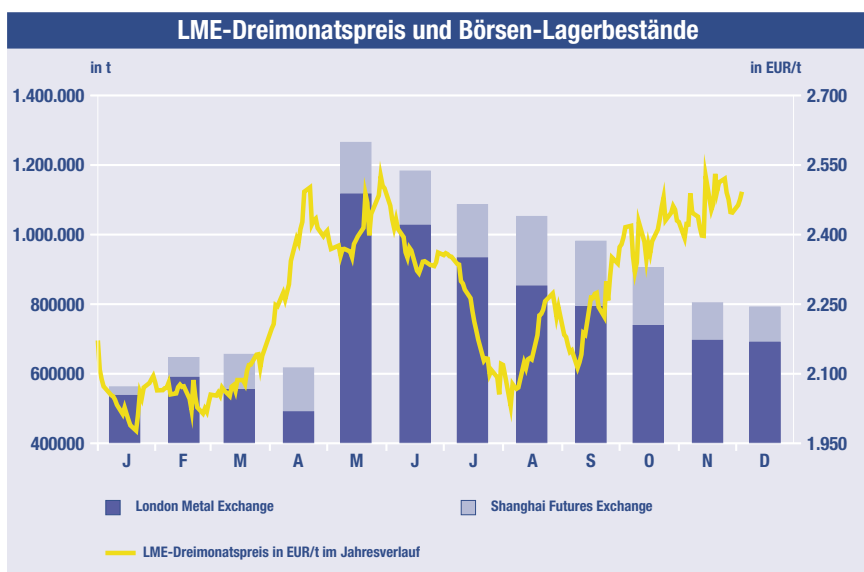
der Umschmelzer weiter unter Druck setzt. Vor allem Italien bietet derzeit enorm hohe Preise, heißt es. Jedoch: Die Umschmelzbetriebe können trotz der steigenden Kosten für Schrott keine höheren Blockpreise durchsetzen, denn dafür ist das Angebot an Blöcken am Markt weiterhin zu groß und die Nachfrage aus dem Automobilbereich viel zu schwach.

Der Export in Richtung Asien hat weiter angezogen und läuft nicht nur bei den Schrotten. Auch einige Umschmelzer profitieren, denn für Standardblöcke rentiert sich die Ausfuhr bei einem Exportpreis von umgerechnet über 2.300 Euro je Tonne mittlerweile. Dies schöpft etwas vom Überangebot auf dem europäischen Blockmarkt ab. „Allerdings beklagt sich nun der Automobilsektor in China über die hohen Preise“, verläutet aus dem Metallhandel. Man beobachtet derzeit den Euro-Dollar-Kurs

gespannt, weil dies einen direkten Einfluss auf die Exporttätigkeit sowohl bei den Schrotten als auch bei den Umschmelzblöcken habe. Für die kommenden Wochen bis Anfang des neuen

Jahres rechnen die befragten Marktteilnehmer aber mit einigermaßen stabilen Schrottpreisen. Die Masselprämien für Primäraluminium 99,7% sind leicht gestiegen und liegen nun bei durchschnittlich 353 US-Dollar je Tonne (verzollt; in warehouse Rotterdam).

Christine Büttner



MBI Individuallösungen

für Ihr Unternehmen

- Daten & Statistiken
- Redaktionelle Inhalte
- B2B-Content
- Feeds
- Datenportale
- Individuell

069 271 07 60 11

Lage bleibt angespannt

Produktionsrückgänge in der deutschen Aluminiumindustrie setzen sich fort

Die Lage der deutschen Aluminiumindustrie bleibt angespannt. Im dritten Quartal ging das Produktionsvolumen in den Betrieben erneut zurück. Vor allem die Fertigung von Aluminiumhalbzeugen verzeichnete nach Angaben des Branchenverbands Aluminium Deutschland (AD) den zehnten Quartals-Rückgang in Folge. „Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland ist beschädigt. Energiekosten und vor allem die Netzentgelte, aber auch die ausufernde Bürokratie gefährden Deutschland als Industrieland“, warnt AD-Präsident Rob van Gils. Eine Umfrage unter den AD-Mitgliedsfirmen unterstreicht deutlich: 29 Prozent der Unternehmen in der Aluminiumbranche seien dazu gezwungen, Beschäftigung abzubauen. „Gleichzeitig mussten knapp 60 Prozent der Unternehmen allein im vergangenen Jahr Stellen schaffen, um den zunehmenden Berichtspflichten nachzukommen.“

Die Produktion der deutschen Aluminiumindustrie ist im dritten Quartal in den meisten Teilbereichen gesunken. Einen deutlichen Rückgang verzeichneten die Recycler. Sie produzierten im Zeitraum von Juli bis September knapp 683.000 Tonnen Recyclingaluminium, sechs Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Nach dem ersten neun Monaten liegt hier

das Produktionsniveau mit rund 2,1 Millionen Tonnen um drei Prozent unter Vorjahr. Die Produzenten von Aluminiumhalbzeug erreichten im dritten Quartal mit über 592.000 Tonnen knapp das Vorjahresniveau (minus ein Prozent). In den ersten drei Quartalen produzierten sie rund 1,8 Millionen Tonnen Halbzeuge, drei Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Darunter verzeichneten die Hersteller von Walzprodukten mit 1,4 Millionen Tonnen einen vergleichsweise moderaten Rückgang von zwei Prozent. Stärker sank dagegen die Fertigung von Aluminium-Strangpressprodukten mit minus sechs Prozent auf 366.000 Tonnen.

MBI/crb



Rohstoffpreise à la carte

**Stahl – NE-Metalle –
Kunststoffe – Energie**

www.matflixx.de
✉ service@matflixx.de
☎ **+49 (0) 69 271 07 60 11**

Produktion der deutschen Aluminiumindustrie (in Tonnen)

Marktsegment	Q3 2024	Veränd. in %	Q1-Q3 2024	Veränd. in %
Recyclingaluminium Refiner	120.111	4	386.304	6
Recyclingaluminium Remelter	562.806	-8	1.706.821	-5
Recyclingaluminium gesamt	682.917	-6	2.093.125	-3
Walzprodukte	473.057	-1	1.383.785	-2
Strangpressprodukte	119.339	-1	366.343	-6
Aluminiumhalbzeug gesamt	592.396	-1	1.750.128	-3

Quelle: Aluminium Deutschland e.V.

„Arctical“-Partnerschaft Rio Tinto will Produktion in Finnland aufbauen

Rio Tinto hat eine Partnerschaftsvereinbarung mit der schwedischen Investmentgesellschaft Vargas, der Mitsubishi Corporation und anderen internationalen und lokalen Industriepartnern geschlossen, um die Möglichkeit des Aufbaus einer kohlenstoffarmen Aluminiumproduktion „auf der grünen Wiese“ in Finnland zu prüfen. Rio Tinto will nach eigenen Angaben dieser „Arctical“ genannten Partnerschaft Zugang zu seiner AP60-Technologie gewähren. Sollte das Projekt erfolgreich sein, wäre dies die erste Entwicklung einer Primäraluminiumproduktion in Kontinentaleuropa seit über 30 Jahren.

Die von Rio Tinto entwickelte AP60-Technologie gehört zu den effizientesten Aluminiumschmelztechnologien, die derzeit im kommerziellen Maßstab verfügbar sind. Zunächst soll „Arctical“ eine Machbarkeitsstudie sowie eine Umweltverträglichkeitsprüfung für ein mögliches Aluminiumprojekt in Kakkola, Finnland, durchführen.

Gemeinsam mit Fortum, dem führenden Anbieter kohlenstofffreier Energie in den nordischen Ländern, soll das Projekt die Beschaffung wettbewerbsfähiger kohlenstoffarmer Energie aus bestehenden und neuen Produktionsanlagen prüfen. Zu den weiteren Partnern vor Ort und in der Industrie gehören die finnische Industrieinvestitionsgesellschaft TESI sowie internationale Technologieführer.

„Die Kombination unserer AP60-Technologie mit Strom, der nicht auf fossilen Brennstoffen basiert, stellt eine attraktive Möglichkeit dar, kohlenstoffarmes Aluminium bereitzustellen, das die industrielle Basis Europas stärkt und die für die Energiewende erforderlichen Produktionskapazitäten unterstützen wird“, so Rio-Tinto-CEO Jérôme Péresse.

MBI/crb

MBI NE-METALLE MONITOR

Mit Content von Dow Jones

Aluminium/Kupfer

Freitag, 6. Dezember 2024 | Nr. 25

IAI-Aluminiumproduktion im Oktober 2024			
(in 1.000 t)	Okt 2024	Sep 2024	Okt 2023
Afrika	137	134	137
Nordamerika	335	324	336
Lateinamerika	130	124	127
Asien (o. China)	408	392	403
Westeuropa	246	237	230
Ost-/Mitteleuropa	362	346	344
Ozeanien	153	146	162
GAC/Golfregion	529	515	529
China*	3.720	3.595	3.655
Nicht registrierte Bestände*	201	194	220
Gesamt*	6.221	6.007	6.143

*geschätzt;
Quelle: International Aluminium Institute

Steigende Vormaterialpreise Mögliche Kürzungen bei der Aluminiumerzeugung

Einige Aluminiumhütten dürften gezwungen sein, ihre Produktion zu drosseln, da die Gewinnspannen durch steigende Rohstoffpreise ausgehöhlt werden. Dies prognostiziert die Commonwealth Bank of Australia. Während der Aluminiumpreis an der Londoner Metallbörse im vergangenen Jahr um rund 17 Prozent gestiegen ist, sind die Preise für Tonerde und Bauxit aufgrund von Versorgungsengpässen gleichzeitig sprunghaft angestiegen. So hat Bauxit im letzten Jahr um rund 54 Prozent zugelegt, während sich der Preis für Tonerde mehr als verdoppelt hat.

„Alles in allem bedeutet der stärkere Anstieg der Tonerdepreise für auf dem Seeweg bezogenes Material im Verhältnis zu den Aluminiumpreisen, dass die Gewinnspannen für Aluminiumhütten, die von importierter Tonerde abhängig sind, weiter gesunken sind“, argumentieren die Analysten der Bank. „Dies könnte dazu führen, dass diese Hütten ihre Produktion drosseln.“

MBI/DJN/crb

Kupfer- und Messinghalbzeuge KME darf Sundwiger Messingwerk übernehmen

Das Bundeskartellamt hat den beabsichtigten indirekten Erwerb sämtlicher Anteile an der Sundwiger Messingwerk GmbH, Hemer, durch die KME SE, Osnabrück, freigegeben. Vorausgegangen waren „intensive Ermittlungen im Hauptprüfverfahren“, wie das Kartellamt mitteilte.

Beide Unternehmen sind Hersteller von Halbzeugen aus Kupfer und Kupferlegierungen. KME bietet eine breite Palette an Blechen, Draht, Stangen und Rohren aus Kupfer, Messing und Bronze an. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Sundwiger Messingwerk ist die Herstellung von Bronzeband und Hochleistungslegierungen (High-Performance-Alloys, „HPAs“), wie sie beispielsweise in Elektrokomponenten und Steckverbindungen eingesetzt werden.

„Das Ergebnis unserer Ermittlungen legt nahe, dass KME bereits ohne den Erwerb der Sundwiger Messingwerk über erhebliche Verhaltensspielräume gegenüber seinen Abnehmern verfügt“, sagte Andreas Mundt, Präsident des Bundeskartellamtes. Der Zusammenschluss führe insbesondere im Segment mit Walzprodukten aus Bronze zu einer Verstärkung der Position von KME.

Allerdings entfalle auf dieses Segment nur ein geringer Anteil des

Gesamtabsatzes von Kupferwalzprodukten in Europa. Bei Betrachtung des Gesamtmarktes für Kupferwalzprodukte war das Vorhaben deshalb freizugeben. „Wir werden jedoch das weitere Marktgeschehen weiter sehr aufmerksam verfolgen“, sagte Mundt. MBI/kri

Kupfererzeuger Aurubis will Dividende auf 1,50 Euro je Aktie anheben

Die Aurubis will ihren Aktionären für das Ende September abgelaufene Geschäftsjahr 2023/24 eine Dividende von 1,50 Euro je Aktie zahlen. Das wären zehn Cent mehr als im Vorjahr und entspräche einer Quote von 20 Prozent des operativen Konzernergebnisses, wie der Kupferkonzern bei Vorlage der vollständigen Bilanz mitteilte. Im Vorjahr hatte Aurubis 23 Prozent ausgeschüttet.

Eine Prognose für das neue Geschäftsjahr hatte Aurubis bereits Ende September abgegeben. Sie wurde nun bestätigt. Überdies war seinerzeit – wenige Tage vor Ablauf des Geschäftsjahres – bereits ein operatives Ergebnis vor Steuern (EBT) von etwa 410 Millionen für 2023/24 angekündigt worden. Nach den endgültigen Zahlen verdiente Aurubis 413 Millionen Euro vor Steuern nach 349 Millionen Euro im Vorjahr.

MBI/DJN/crb

Verbrauch und Angebot von Raffinadekupfer weltweit

in Mio t	2022	2023	2023	2024	2024			
			Jan-Sep	Juni	Juli	Aug	Sep	
Produktion von Kupferraffinade (primär u. sekundär)	25,273	26,503	19,648	20,502	2,280	2,310	2,315	2,223
Raffinade-Verbrauch	25,830	26,556	19,642	20,142	2,165	2,234	2,272	2,354
Saldo Produktion / Verbrauch	-557	-52	42	359	115	76	43	-131
Saisonbereinigtes Saldo			41	296	142	82	24	-73
Minenkapazität	26,606	27,510	20,477	21,329	2,343	2,428	2,435	2,363
Raffinade-Bestände zum Berichtszeitende	1,258	1,191	1,234	1,434	1,466	1,506	1,544	1,434

Quelle: ICSG / Stand: Ende November 2024

Zum Jahresende

Lagerbestände werden heruntergefahren

Auf dem deutschen Kupfermarkt ist es ruhig geworden. Die Verhandlungen über die Jahresverträge 2025 laufen nach wie vor. Die Hütten sind auskömmlich mit Kupferschrotten versorgt, weswegen es auf dem Schrottmarkt wenig Bewegungen gibt. Alle sind bestrebt, ihre Lagerbestände bis zum Jahresende aus Bilanzierungsgründen so weit wie möglich zurückzufahren. Für den Januar werden am Markt keine großen Änderungen erwartet. Die ab 2025 greifenden Exportbeschränkungen für ausgediente Elektromotoren schlagen bereits auf den Kupferschrottmarkt durch. Die Hüttenwerke rechnen dann nämlich mit einem steigenden Aufkommen und bezahlen daher schon jetzt schlechtere Preise dafür, berichtet ein Marktteilnehmer. „Die Werke zahlen die sogenannte Eisenprämie nicht mehr.“

Der Kupferpreis an der Londoner Metallbörse LME pendelt bereits seit Mitte November in einer recht engen Spanne um die Marke von 9.000 US-Dollar. Die Nachfrageaussichten bleiben gedämpft und die Aussichten auf der Angebotsseite sind uneinheitlich, heißt es dazu bei der Commerzbank. Dreimonatskupfer ging um 5,75 Prozent abgeschwächt aus dem November, belastet von einem stärkeren US-Dollar und der schwachen Nachfrage in China.

Ende vergangener Woche notierte der Kontrakt knapp oberhalb der Marke von 9.000 Dollar je Tonne. Die Entscheidung Chinas, die Exportsteuerrabatte ab Dezember zu streichen, hatte zwar kurzfristig für eine Preisuntergrenze bei Kupfer gesorgt. Doch die vom designierten US-Präsidenten Donald Trump angekündigten Zölle für China, Mexiko und Kanada sorgten für Volatilität im Metallkomplex. Der anhaltend starke US-Dollar nach Trumps Wahlsieg belastet zudem die Marktstimmung.

Zu Beginn der laufenden Woche notierte Kupfer unter die Marke von 9.000 Dollar je Tonne. Am Dienstag stieg der Preis dann leicht auf 9.053 Dollar je Tonne. Der Kontrakt habe kaum von den leichten Verbesserungen der Stimmungsindikatoren in den USA und China profitieren können, hieß es dazu am Markt. Denn Chiles Kupferproduktion sei im Okto-

ber gestiegen, was auf nachlassende Angebotssorgen hindeute. Der Rohstoffeinsatz der chinesischen Kupferproduzenten sei jedoch bedroht, da die Importeure den Kauf von US-Kupferschrott eingestellt hätten.

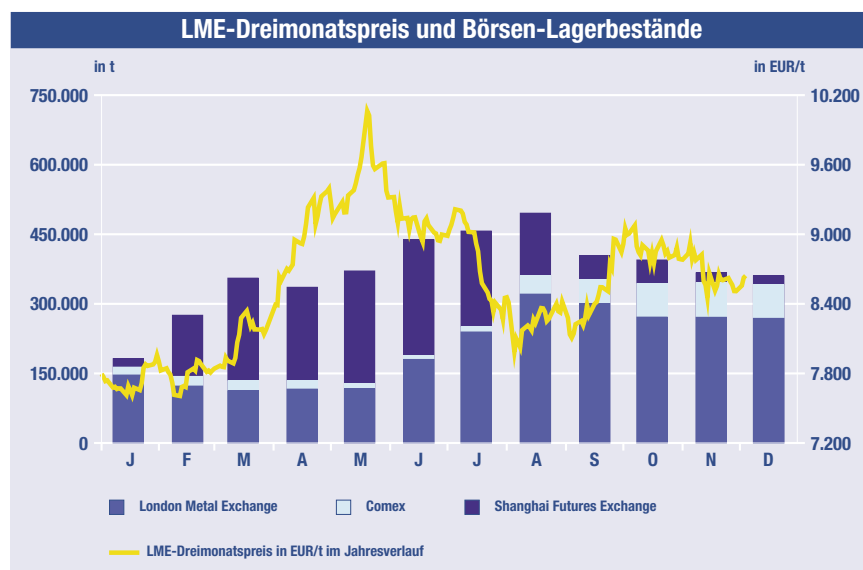
Am Mittwoch zeigte sich Dreimonatskupfer dann bei 9.093 Dollar je Tonne. Die jüngsten Nachrichten von der Angebotsfront erscheinen gemischt, kommentierte Rohstoffanalystin Barbara Lambrecht von Commerzbank Research. Die jüngsten Produktionserfolge des staatlichen chilenischen Kupferproduzen-

ten Codelco würden für eine Entspannung auf der Angebotsseite sprechen, obwohl der Input für chinesische Kupferproduzenten knapper zu werden drohe.

Die Analysten von BMI rechnen damit, dass die Kupferpreise auch im kommenden Jahr volatil bleiben werden. Auf der Negativseite stehen ihren Angaben zufolge ein stärkerer US-Dollar sowie die protektionistische Handelspolitik von Donald Trump. Ein stärkerer Dollar macht es für internationale Käufer teurer, in Dollar gehandelte Rohstoffe zu kaufen. Gegen diese belastenden Faktoren tritt lediglich die Hoffnung der Marktteilnehmer an, dass es zu der lang erwarteten Steigerung der chinesischen Nachfrage kommen könnte.

Eine mögliche Verlangsamung der Energiewende und Trumps politische Änderungen könnten die „grüne Stimmung“, welche die Metallpreise 2024 gestützt habe, in gewissem Maße dämpfen, insbesondere bei Kupfer, lautet allerdings eine Warnung von Marktbeobachtern. Während der Markt angesichts dieses Gleichgewichts der Risiken eher nach unten tendiere, könnten die Kupferpreise wohl lediglich durch ein möglicherweise größeres Konjunkturpaket Chinas im kommenden Jahr Auftrieb erhalten.

crb



Chile

Produktionsniveau wie vor der Pandemie

Chile hat in diesem Jahr die höchste Kupferproduktion und den besten Oktober seit der Zeit vor der Pandemie verzeichnet. Der weltweit größte Kupferlieferant habe sich damit von den Projekt-rückschlägen erholt, berichtet die Nachrichtenagentur Bloomberg. Die Minen, darunter diejenigen von Codelco und BHP, produzierten im Oktober insgesamt 492.804 Tonnen, wie aus vom chilenischen Statistikamt veröffentlichten Daten hervorgeht. Das waren 6,7 Prozent mehr als im gleichen Monat des Vorjahres und zugleich der produktivste Oktober seit 2019. MBI/gil/crb

Australien

Rio Tinto gründet Joint Venture mit Sumitomo

Der Bergbaukonzern Rio Tinto verkauft im Rahmen eines neu gegründeten Joint Ventures 30 Prozent seines australischen Kupfer-Gold-Projekts Winu für 399 Millionen US-Dollar an die japanische Sumitomo Metal Mining. Sumitomo werde für den Projektanteil 195 Millionen Dollar im Voraus zahlen, während der Rest in Form von aufgeschobenen Zahlungen an das Erreichen von Meilensteinen im Projekt gebunden ist, teilte Rio Tinto mit. Die beiden Unternehmen haben zunächst ein so genanntes Term Sheet unterzeichnet, mithilfe derer auf sie eine endgültige Joint-Venture-Vereinbarung hingearbeitet, die voraussichtlich in der ersten Hälfte des Jahres 2025 abgeschlossen wird.

Weiter wurde eine Absichtserklärung für die Entwicklung einer breiten strategischen Partnerschaft unterzeichnet, um gemeinsam künftige Möglichkeiten für eine kommerzielle, technische und strategische Zusammenarbeit bei Kupfer, anderen Basismetallen sowie Lithium zu erkunden.

Das Winu-Projekt ist eine Kupfer-

Gold-Lagerstätte in der Pilbara-Region, die von Rio Tinto im Jahr 2017 entdeckt wurde und als „sehr aussichtsreich für eine Erweiterung über die anfängliche Erschließung hinaus“ gilt. Eine Vormachbarkeitsstudie über die Entwicklung einer anfänglichen Verarbeitungskapazität von bis zu zehn Millionen Tonnen Erz pro Jahr soll 2025 fertig sein.

MBI/crb

Bergbau

Rio Tinto will mehr Kupfer und Bauxit produzieren

Rio Tinto erwartet für das kommende Jahr einen leichten Anstieg bei der Produktion von Kupfer und Bauxit. Die Kupferförderung soll demnach auf 780.000 bis 850.000 Tonnen steigen. Für dieses Jahr rechnet der Bergbaukonzern mit 660.000 bis 720.000 Tonnen. Bis zum Ende des Jahrzehnts will Rio Tinto die Kupferproduktion auf ein Million Tonnen erhöhen. Helfen soll dabei die Mine Oyu Tolgoi in der Mongolei, die die Förderung im kommenden Jahr um mehr als 50 Prozent steigern soll.

Das jährliche Bauxit-Volumen sieht Rio Tinto 2025 bei 57 bis 59 Millionen Tonnen. Die Produktionsprognose für dieses Jahr steht bei 53 bis 56 Millionen Tonnen.

MBI/DJN/crb

Großprojekt Los Azeules

McEwen erhält benötigte Umweltgenehmigung

McEwen Mining hat die Umweltgenehmigung für das Projekt Los Azules in Argentinien erhalten. Los Azules ist eines der größten unerschlossenen Kupfervorkommen der Welt. Die Genehmigung der Umweltverträglichkeitserklärung sei ein Meilenstein auf dem Weg zur Veröffentlichung einer Machbarkeitsstudie, zum Bau und zum künftigen Betrieb, teilte McEwen Copper mit. Im November hatte sich das Unternehmen eine Investition in Höhe von 35 Millionen Dollar durch den Bergbauriesen Rio Tinto gesi-

chert. Rio hält damit einen Anteil von 17 Prozent an McEwen Copper und ist nach McEwen Mining und dem Automobilhersteller Stellantis einer der größten Investoren.

McEwen geht davon aus, dass die endgültige Machbarkeitsstudie in der ersten Hälfte 2025 veröffentlicht wird. Der Baubeginn wird für 2026 erwartet. MBI/DJN/kri/crb

Chile

Escondida arbeitet an Erhalt des Produktionsniveaus

Die von BHP geführte Escondida-Kupfermine in Chile ebenso wie die gesamte Kupferindustrie stehen vor großen Herausforderungen, um die Produktion des Industriemetalls aufrechtzuerhalten, da die Erzgehalte sinken und gleichzeitig die Kosten steigen. Laut Citi-Analyst Paul McTaggart dürften in der Mine Escondida die Pläne zur Erweiterung des Laguna-Seca-Konzentrators, zum Ersatz der alternden Los Colorados-Anlage und zur Erforschung von Auslaugungstechnologien der Schlüssel zur Aufrechterhaltung des Produktionsniveaus sein. „Diese Initiativen verdeutlichen nicht nur die betrieblichen Herausforderungen bei Escondida, sondern auch die allgemeineren Auswirkungen der steigenden Kapitalintensität in der gesamten [Kupfer-]Industrie, da sich die Qualitäten weltweit verschlechtern“, so der Analyst.

MBI/DJN/crb



AKTUELLE FRACHTRATEN
Jetzt Infos anfragen

einkauf@mbi-infosource.de

Herausforderungen steigen weiter

Unternehmen der NE-Metallbranche müssen sich auf neue EU-Batterieverordnung einstellen

Die neue EU-Batterieverordnung hat erhebliche Auswirkungen auf Unternehmen der Nichteisen-Metallbranche. Denn Metalle wie Kobalt, Lithium, Nickel und Blei sind wesentliche Bestandteile moderner Batterien. Daher bedeutet die Einführung der neuen Batterieverordnung für Unternehmen im Bereich der NE-Metalle, dass sie sich auf diese Veränderungen einstellen und ihre Strategien entsprechend anpassen müssen, um Chancen zu nutzen und den Herausforderungen gerecht zu werden.

Dabei ist zu beachten, dass mehrere gesetzliche Vorgaben ineinandergreifen. Due Diligence, CO2-Bilanzierung und Informationsbereitstellung sind auch in der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) und Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) erforderlich. Daher empfiehlt es sich, ein einheitliches System zu implementieren.

Was ist die neue Batterieverordnung?

Die Verordnung (EU) 2023/1542 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2023, auch bekannt als die Batterieverordnung, ist ein umfassendes Regelwerk, das die Herstellung, den Vertrieb und die Entsorgung von Batterien in der Europäischen Union regelt. Diese Verordnung zielt darauf ab, die Nachhaltigkeit und Sicherheit von Batterien zu verbessern, indem sie strenge Anforderungen an Nachhaltigkeit, Sicherheit, Kennzeichnung und Information stellt. Sie gilt für alle Kategorien von Batterien, einschließlich Gerätebatterien, Starterbatterien, Batterien für leichte Verkehrsmittel (LV-Batterien), Elektrofahrzeugbatterien und Industriebatterien, unabhängig von Form, Volumen, Gewicht, Gestaltung oder chemischer Zusammensetzung.

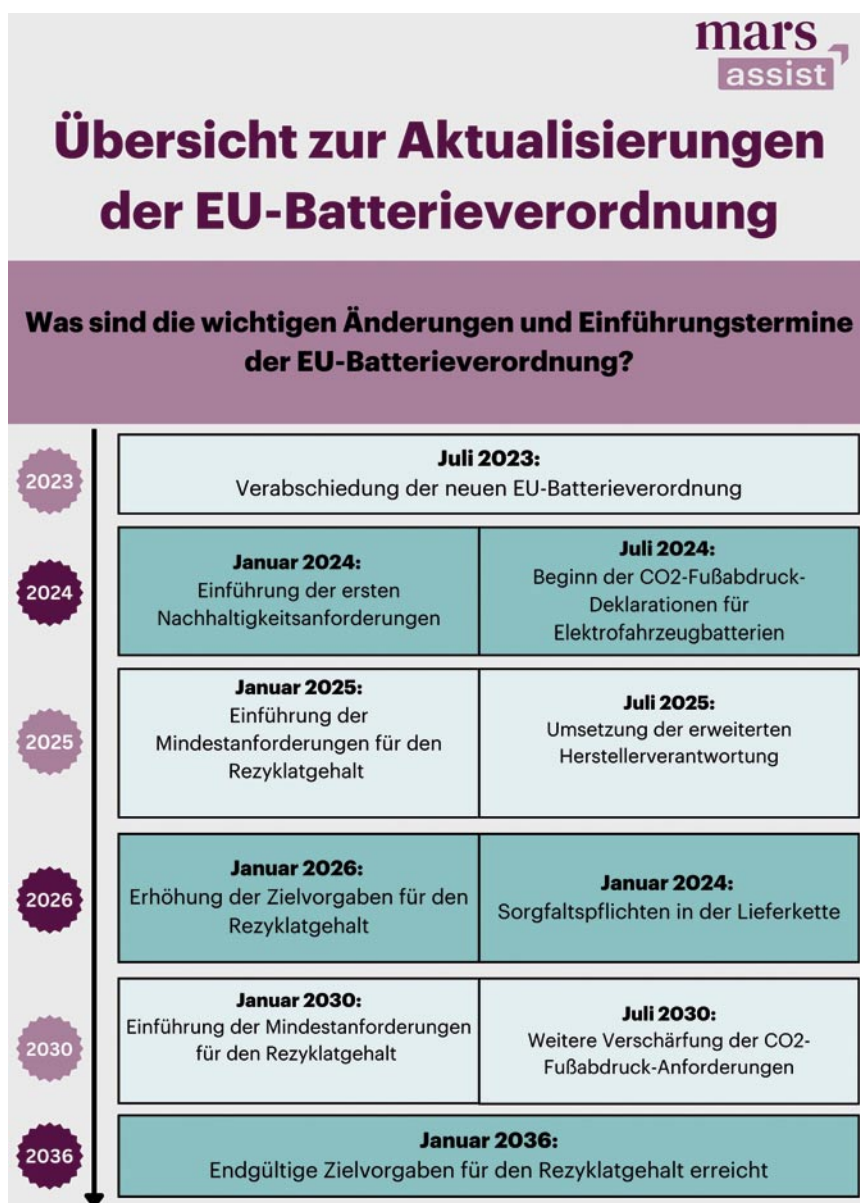
Die neue Verordnung umfasst alle Phasen des Lebenszyklus einer Batterie, von der Herstellung über den Vertrieb bis hin zur Entsorgung und zum Recycling. Im Gegensatz zur vorherigen Verordnung (Batterierichtlinie 2006/66/EG) berücksichtigt die aktu-

alisierte Fassung modernste Umweltstandards und die neuesten technologischen Entwicklungen.

Warum wurde die Batterieverordnung aktualisiert?

Die Aktualisierung der Batterieverordnung war notwendig, um mehreren Herausforderungen zu begegnen:

- Umwelt- und Gesundheitsrisiken: Batterien enthalten oft gefährliche Stoffe wie Cadmium und Blei, die bei



MBI NE-METALLE MONITOR

Mit Content von Dow Jones

Gastbeitrag von MARS Assist

Freitag, 6. Dezember 2024 | Nr. 25

unsachgemäßer Entsorgung erhebliche Umwelt- und Gesundheitsrisiken darstellen können, die durch strengere Beschränkungen für gefährliche Stoffe in der neuen Verordnung minimiert werden sollen.

- **Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft:** Die Nachfrage nach Batterien, insbesondere für Elektrofahrzeuge, wächst rasant. Um die Umweltauswirkungen zu minimieren und die Ressourceneffizienz zu maximieren, fördert die Verordnung die Verwendung von recycelten Materialien und setzt verbindliche Zielvorgaben für den Rezyklatgehalt in Batterien.

- **Klimaneutralität:** Im Rahmen des europäischen Green Deals trägt die Batterieverordnung zum Ziel der Klimaneutralität durch die Anforderungen an den CO₂-Fußabdruck von Batterien bei.

- **Wettbewerbsfähigkeit und Innovation:** Durch die Harmonisierung der Vorschriften innerhalb der EU soll die Verordnung gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen und Innovationen im Bereich der umweltfreundlichen Batterietechnologie fördern.

Die Anforderungen der Batterieverordnung

Die Batterieverordnung stellt eine Vielzahl von Anforderungen an die Wirtschaftsakteure, die Batterien in Verkehr bringen oder in Betrieb nehmen:

- **Nachhaltigkeits- und Sicherheitsanforderungen:** Batterien müssen bestimmte Nachhaltigkeits- und Sicherheitsanforderungen erfüllen, einschließlich Beschränkungen für gefährliche Stoffe. Zur Effizienzsteigerung müssen spezifische Anforderungen an die Leistung und Haltbarkeit von Batterien, insbesondere für Allzweck-Gerätebatterien, wiederaufladbare Industriebatterien und Elektrofahrzeugbatterien, umgesetzt werden.

- **CO₂-Fußabdruck:** Für Elektrofahrzeugbatterien, wiederaufladbare Industriebatterien und LV-Batte-

rien muss eine Erklärung zum CO₂-Fußabdruck erstellt werden. Diese Erklärung umfasst den gesamten Lebenszyklus der Batterie und muss bestimmte technische Spezifikationen erfüllen.

- **Rezyklatgehalt:** Die Verordnung weist Mindestanforderungen für den Anteil an recycelten Materialien in Batterien, die Kobalt, Blei, Lithium oder Nickel enthalten, auf. Diese Anforderungen werden schrittweise

eingeführt und bis 2036 weiter verschärft.

- **Kennzeichnung und Informationen:** Batterien müssen mit spezifischen Kennzeichnungen versehen sein, die Informationen über ihre Kapazität, ihre chemische Zusammensetzung und ihren CO₂-Fußabdruck enthalten. Ein QR-Code auf der Batterie ermöglicht den Zugang zu weiteren Informationen, einschließlich eines Batteriepasses.

mars assist

Anforderungen an Unternehmen aus der Metallbranche

Was sind die Vorgaben der neuen EU-Batterieverordnung für Unternehmen der NE-Metallbranche?

- Erhöhte Nachfrage nach recycelten Materialien:** Darstellung der Zielvorgaben für den Rezyklatgehalt in Batterien.
- Verantwortungsvolle Beschaffung:** Visualisierung der Schritte im Risikomanagementprozess.
- Technologische Innovationen:** Beispiele für neue Technologien und Recyclingverfahren.
- Nachhaltigkeitsberichte und Transparenz:** Übersicht der erforderlichen technischen Unterlagen und Datenanforderungen.

- **Sorgfaltspflichten:** Wirtschaftsakteure, die Batterien in Verkehr bringen, müssen Sorgfaltspflichten in der Lieferkette erfüllen, um sicherzustellen, dass die Rohstoffe für die Batterien verantwortungsvoll beschafft werden. Diese Pflichten umfassen die Einrichtung eines Managementsystems, Risikomanagement und unabhängige Überprüfungen, um die sozialen und ökologischen Auswirkungen der Batterien in der Lieferkette zu minimieren.

- **Erweiterte Herstellerverantwortung:** Hersteller sind für die Sammlung und das Recycling von Altbatterien verantwortlich, um eine ordnungsgemäße Entsorgung sicherzustellen. Die Verordnung setzt spezifische Zielvorgaben, die schrittweise erhöht werden.

- **Technische Unterlagen:** Hersteller müssen technische Unterlagen erstellen, die die Konformität der Batterien mit den geltenden Anforderungen nachweisen. Diese Unterlagen müssen eine Risikoanalyse und -bewertung sowie die Ergebnisse von Entwurfsberechnungen und Prüfungen enthalten.

Gastautorin Denise Sabasch leitet das Projekt MARS. MARS Assist ist eine Ausgründung der Wirtschaftsvereinigung Metalle und schneidet Best Practices für die Gesetzesanforderungen im Bereich Compliance auf die Bedürfnisse von Unternehmen zu.
www.mars-assist.de



ROHSTOFFPREISE, PROGNOSEN & AKTUELLE ROHSTOFF-NEWS

MATFLIXX
Rohstoffpreise à la carte

www.matflixx.de

Lieferkettengesetz

Unternehmen bekommen mehr Zeit zur Umsetzung

Unternehmen haben mehr Zeit, um ihren Bericht nach dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) abzugeben. Wie das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) mitteilt, wird es erstmalig zum Stichtag 1. Januar 2026 die Einhaltung der Berichtspflichten prüfen. Spätester Zeitpunkt der Abgabe des Berichts ist nunmehr der 31. Dezember 2025. Bisherige Frist war der 31. Dezember 2024. Die Fristverlängerung begründet das Amt mit den „Entwicklungen zur Umsetzung der unionsrechtlichen Vorgaben hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen“ (Corporate Sustainability Reporting Directive).

Der CSRD zufolge müssen große Unternehmen und börsennotierte Unternehmen Informationen über die Risiken, denen sie in den Bereichen Umwelt und Soziales ausgesetzt sind, und Auswirkungen ihrer Tätigkeiten auf die Menschen und die Umwelt offenlegen. Die Richtlinie hätte von Deutschland zum 6. Juli 2024 in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Da dies nach Einschätzung der EU-Kommission noch nicht vollständig geschehen ist, hat die Kommission Ende September ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet. Die neuen Vorschriften für die Nachhaltigkeitsberichterstattung gelten für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2024 beginnen.

MBI/kri/aul

Logistik

Containerumschlag in europäischen Häfen steigt

Der Containerumschlag-Index des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung und des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL)

ist im Oktober gegenüber dem Vormonat von 132,3 auf 131,7 Punkte gesunken. Insbesondere in den chinesischen Häfen ist der Containerumschlag laut RWI zurückgegangen. In den europäischen Häfen hat der Containerumschlag dagegen deutlich zugenommen. In den übrigen Weltregionen war er leicht aufwärtsgerichtet.

Der Nordrange-Index, der Hinweise auf die wirtschaftliche Entwicklung im nördlichen Euroraum und in Deutschland gibt, stieg im Oktober gegenüber dem Vormonat von 111,6 auf 113,4 Punkte. In den chinesischen Häfen sank der Containerumschlag von 145,5 Punkten im Vormonat auf 143,1 Punkte.

„Nach dem deutlichen Anstieg des Containerumschlags der vergangenen zwei Jahre zeichnet sich nun eine Verlangsamung ab. Der kräftige Rückgang in China deutet darauf hin, dass die konjunkturelle Schwäche auch den Außenhandel erfasst. Die europäischen Häfen sind dagegen weiter auf Erholungskurs“, kommentiert das RWI.

MBI/crb

Konjunktur

Auftragseingang bei den Metallfirmen gestiegen

Die Aufträge für Industriefirmen in Deutschland sind nach einem deutlichen Anstieg im September im Oktober wieder gesunken. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, lag der reale Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe 1,5 Prozent unter dem Wert vom September. Das lag erneut an Großaufträgen – ohne deren Berücksichtigung wären die Aufträge um 0,1 Prozent gestiegen.

Deutliche Rückgänge gab es bei den Aufträgen im Maschinenbau (minus 7,6 Prozent) und in der Automobilindustrie (minus 3,7 Prozent). Positive Impulse kamen aus der Metallherzeugung und Metallbearbeitung (plus 10,2 Prozent) und aus dem Bereich Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (plus 8,0 Prozent).

MBI/AFP/crb

Konjunktur

Kurzarbeit in der Metallbranche steigt weiter

Weniger Neueinstellungen, mehr Kurzarbeit: Die Unternehmen in Deutschland werden zurückhaltender bei ihrer Personalplanung. Das vom Münchner Ifo-Institut ermittelte Beschäftigungsbarometer sank im November auf 93,4 Punkte, nach 93,6 Zählern im Oktober. „Die Industrie versucht, der Krise mit einer Mischung aus Kurzarbeit und Arbeitsplatzabbau zu begegnen“, so Ifo-Forscher Klaus Wohlrabe. Demnach stoppen immer mehr Firmen Neueinstellungen und diskutieren häufiger über einen Jobabbau.

Zugleich nimmt in der Industrie die Kurzarbeit zu. Im November setzten 17,8 Prozent der befragten Firmen in der Industrie auf Kurzarbeit, nach 14,3 Prozent im August. Die Zahl dürfte weiter steigen: Für die kommenden drei Monate erwarten 28 Prozent Kurzarbeit, nach 23 Prozent im August. Besonders betroffen sind Unternehmen der Metallerzeugung, Möbelhersteller und die Automobilbranche. Über Kurzarbeit federn vor allem Unternehmen in der Metallerzeugung die Krise ab (41,7 Prozent), gefolgt von den Möbelherstellern (33,7 Prozent), der Autobranche (27,2 Prozent), den Herstellern elektrischer Ausrüstungen (26,9 Prozent), sowie dem Maschinenbau (21,4 Prozent).

MBI/AFP/crb

Keine Lizenzen

Norwegen verzichtet vorerst auf den Tiefseebergbau

Norwegen verzichtet vorerst auf den umstrittenen Tiefseebergbau vor seinen Küsten. In diesem und im kommenden Jahr würden keine Erkundungslizenzen für den Tiefseebergbau vergeben, erklärte die Sozialistische Linkspartei. Es handelt sich demnach um ein Zugeständnis der Minderheitsregierung von Sozialdemokraten und Zentrumspartei, um mit Unterstützung der Sozialistischen Linkspartei den Haushalt für 2025 durchs Parlament zu bringen. Die norwegische Offshore-

Behörde hatte 2023 einen Bericht veröffentlicht, demzufolge sich am Meeresboden vor Norwegen „beachtliche Mengen an Bodenschätzen“ befinden – darunter Kupfer, Zink und Kobalt. Im Dezember 2023 verständigte sich die Regierungskoalition darauf, eine Fläche von 280.000 Quadratkilometern vor den Küsten des Landes für den Tiefseebergbau zu öffnen. Im Januar 2024 gab das norwegische Parlament grünes Licht. Das Energieministerium wies daraufhin geeignete Gebiete im Norwegischen Meer und im Grönlandmeer aus, um 2025 erste Lizenzen für die Erkundung des Meeresbodens zu vergeben.

Umweltschützer sehen den Tiefseebergbau äußerst kritisch, da ein großflächiger Abbau von Rohstoffen in den bisher fast unberührten Tiefen der Ozeane nach Einschätzung von Fachleuten erhebliche Auswirkungen auf sensible Lebensräume und Artenvielfalt haben könnte.

MBI/AFP/crb

Umfrage

Fast ein Viertel der Arbeitszeit für Bürokratie

Durch erhöhte Anforderungen müssen Angestellte 22 Prozent ihrer Arbeitszeit für bürokratische Tätigkeiten aufwenden. Dies geht aus einer Umfrage des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung unter Führungskräften in Deutschland hervor. „Die Unternehmen berichten vor allem von erheblichem Personalaufwand, der zur Einhaltung immer neuer gesetzlicher Auflagen benötigt wird“, sagte Ifo-Forscherin Ramona Schmid. „Zudem kritisieren sie, dass die zunehmende Bürokratie die Wettbewerbsfähigkeit und die unternehmerische Freiheit belastet sowie die Investitionsentscheidungen der Unternehmen beeinflusst.“

Nach Angaben der Managerinnen und Manager entsteht der steigende Zeitaufwand vor allem durch ausufernde Berichts- und Informations-, Dokumentations- und Meldepflichten. Außerdem seien die gesetzlichen Regelungen in den letzten zehn Jahren immer komplexer geworden. Rund 75

Prozent der Teilnehmenden bewerteten die Praxistauglichkeit beziehungsweise Umsetzbarkeit von Gesetzen dabei als schlecht bis sehr schlecht. Um den bürokratischen Anforderungen gerecht zu werden, müssten knapp 80 Prozent der an der Umfrage teilnehmenden Unternehmen externe Dienstleister beauftragen. In Summe bezifferten die Unternehmen die durch Bürokratie verursachten Kosten auf durchschnittlich sechs Prozent ihres Umsatzes, so das Institut.

MBI/DJN/crb

Recycling

Kabinett verabschiedet Kreislaufwirtschaftsstrategie

Das Bundeskabinett hat eine Strategie verabschiedet, mit der der primäre Rohstoffverbrauch in Deutschland insgesamt gesenkt, Stoffkreisläufe geschlossen und der Wert von Rohstoffen und Produkten möglichst lange erhalten werden soll. Diese Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) soll nach Vorstellung des Bundesumweltministeriums dabei helfen, die deutsche Wirtschaft unabhängiger von Rohstoffimporten in Zeiten anfälliger Lieferketten und knapper Rohstoffe zu machen.

Eine Studie des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) geht davon aus, dass durch zirkuläres Wirtschaften die Bruttowertschöpfung der deutschen Industrie um zwölf Milliarden Euro jährlich steigen und knapp 180.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen könnten.

Die Ziele der Kreislaufwirtschaftsstrategie sollen durch konkrete Maßnahmen und Instrumente umgesetzt werden. Als Beispiele nannte das Umweltministerium Standards für langlebige Produkte, die Einführung digitaler Produktpässe, Rezyklateinsatzquoten für Kunststoffe auf EU-Ebene, Weiterentwicklung des Rechts auf Reparatur für Verbraucher oder die gezielte Nutzung der öffentlichen Beschaffung für die Kreislaufwirtschaft. Maßnahmen sind laut Ministerium sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene erforderlich.

MBI/DJN/crb

Überangebot bei Lithium Kürzungen tragen wenig zur Eindämmung bei

Nach Angaben von Morgan Stanley belaufen sich die Kürzungen in der australischen Lithiumproduktion auf insgesamt 37.700 Tonnen Lithiumkarbonat-Äquivalent (LCE). Dies werde jedoch den von Morgan Stanley für dieses und nächstes Jahr prognostizierten Marktüberschuss kaum schmälern, heißt es. Die Analysten der Investmentbank prognostizieren für die Jahre 2024 und 2025 einen Überschuss am Weltmarkt von 157.000 bzw. 334.000 Tonnen LCE.

Diese Werte reduzieren sich nun auf 150.000 Tonnen bzw. 296.000 Tonnen, wenn man die jüngsten Ankündigungen berücksichtigt, was bedeute, dass weitere Kürzungen erforderlich seien, so die Analysten. Man sei vorsichtig, was die Aussichten für Lithium betreffe, da diese Angebotskürzungen leicht rückgängig gemacht werden könnten, falls die Preise steigen. Außerdem könnten sich die Aussichten für Elektrofahrzeuge verschlechtern, wenn die USA Zölle einführen, was die Lithiumnachfrage belasten würde.
MBI/DJN/crb

Bolivien Chinesisches Konsortium investiert in Lithiumanlagen

Die bolivianische Regierung und das chinesische Konsortium CBC, zu dem auch der Batteriehersteller CATL gehört, haben eine Vereinbarung unterzeichnet, wonach CBC für mindestens eine Milliarde Dollar zwei Anlagen zur direkten Lithiumgewinnung bauen wird. Die Regierung wird einen Anteil von 51 Prozent an dem Projekt halten, das in der Uyuni-Salzebene im Südwesten Boliviens im so genannten Lithiumdreieck mit Chile und Argentinien angesiedelt werden soll, wie Regierungsbehörden nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters mitteilten.

Die beiden Anlagen sollen zusammen 35.000 Tonnen Lithium pro Jahr produzieren, kündigte Omar Alarcon, Chef des staatlichen Lithiumunter-

nehmens YLB an. „Im Rahmen dieses Dienstleistungsvertrags wird ein endgültiger Entwurf für die Planung, den Bau, den Betrieb und die Wartung einer Anlage zur Herstellung von 10.000 Tonnen Lithiumkarbonat pro Jahr und einer weiteren Anlage zur Herstellung von 25.000 Tonnen Lithiumkarbonat in Batteriequalität pro Jahr entwickelt“, erklärte er laut Reuters. Obwohl Bolivien über die weltweit größten Lithiumvorkommen verfügt, hat das Land bisher keine nennenswerte Produktion erreicht.
MBI/gil/crb

Brasilien Minsur verkauft weltgrößtes Zinnvorkommen nach China

Der peruanische Zinnproduzent Minsur verkauft seine brasilianische Tochtergesellschaft Mineracao Taboca, die die Mine Pitinga und die Schmelzhütte Pirapora betreibt, an die China Nonferrous Trade Co. Ltd., eine Tochtergesellschaft der China Nonferrous Metal Mining Group Co. (CNMC). Taboca ist der größte Zinnproduzent Brasiliens, der 2023 mit 5.385 Tonnen für mehr als ein Drittel der brasilianischen Raffinadezinnproduktion stand. Zudem ist das Unternehmen der einzige vollintegrierte Zinnproduzent Brasiliens.

Minsur hatte Taboca 2008 erworben. Die kombinierte Produktion der peruanischen Anlagen von Minsur und Taboca machte Minsur nach PT Timah zum weltweit zweitgrößten Produzenten von raffiniertem Zinn. Die Pitinga-Mine im Amazonasgebiet gilt nach Angaben des internationalen Zinnverbands als die weltweit größte unentwickelte Zinnressource nach Zinngehalt – mit einem geschätzten Vorkommen von 558.000 Tonnen Zinn.

Der Verkauf von Mineracao an CNMC stellt laut Zinnverband „einen bedeutenden Schritt“ in Richtung zunehmende Dominanz chinesischer Unternehmen auf dem Zinnmarkt dar. Auch ohne seine brasilianischen Vermögenswerte bleibt Minsur der weltweit zweitgrößte Produzent von raffiniertem Zinn.
MBI/crb



Kurse und Lagerbestände		
	5.12.	4.12.
Kasse		
USD/t	2.066,00	2.054,00
EUR/t	1.960,71	1.957,68
3 Monate		
USD/t	2.094,00	2.082,00
EUR/t	1.987,28	1.984,37
Dezember 2025		
USD/t	2.170,00	2.158,00
EUR/t	2.059,41	2.056,81
Lagerbestände (in t)	271.375	271.525



Kurse und Lagerbestände		
	5.12.	4.12.
Kasse		
USD/t	15.775,00	15.760,00
EUR/t	14.971,05	15.020,97
3 Monate		
USD/t	15.955,00	16.025,00
EUR/t	15.141,88	15.273,54
Dezember 2025		
USD/t	16.685,00	16.735,00
EUR/t	15.834,68	15.950,25
Lagerbestände (in t)	165.384	164.652

MBI NE-METALLE MONITOR

Mit Content von Dow Jones

Zinn, Zink, Blei & Nickel

Freitag, 6. Dezember 2024 | Nr. 25



Kurse und Lagerbestände		
	5.12.	4.12.
Kasse		
USD/t	3.099,00	3.077,00
EUR/t	2.941,06	2.932,71
3 Monate		
USD/t	3.113,50	3.093,00
EUR/t	2.954,83	2.947,96
Dezember 2025		
USD/t	3.108,00	3.082,00
EUR/t	2.949,61	2.937,48
Lagerbestände (in t)	277.800	278.100

Quelle: London Metal Exchange



Kurse und Lagerbestände		
	5.12.	4.12.
Kasse		
USD/t	28.860,00	28.525,00
EUR/t	27.389,20	27.187,38
3 Monate		
USD/t	29.200,00	28.850,00
EUR/t	27.711,87	27.497,14
15 Monate		
USD/t	29.195,00	28.790,00
EUR/t	27.707,13	27.439,95
Lagerbestände (in t)	4.740	4.740

Quelle: London Metal Exchange

Gallium, Germanium, Antimon und Graphit

Handelskonflikt zwischen USA und China schadet auch Deutschlands Industrie

Das Forschungsinstitut IfW Kiel sieht im jüngsten Handelskonflikt zwischen den USA und China um Rohstoffe für die Chipproduktion eine Gefahr für Deutschland. Die geoökonomischen Spannungen nähmen „zum Nachteil Deutschlands“ zu, erklärte Handels-Experte Rolf Langhammer vom Kiel Institut für Weltwirtschaft. Das Land müsse daher „seinen Einfluss in der EU geltend machen“.

Es sei wichtig, „kurzfristige Engpässe zu identifizieren“ und „Preis- und Einkommenseffekte zu quantifizieren“, fuhr Langhammer fort. Es müssten außerdem alle Optionen geprüft werden, „die die Resilienz der Produktion betroffener Industriezweige gegenüber derartigen politisch bedingten Zugangssperren stärken“. Deutschland ist auf den Import von Halbleitern angewiesen, die in einer ganzen Reihe von Produkten zum Tragen kommen.

China reagiert auf US-Exportbeschränkungen

Der Experte nahm mit seinen Äußerungen Bezug auf den jüngsten Konflikt um die Halbleiterproduktion. Zunächst hatten die USA Anfang dieser Woche neue Exportbeschränkungen verhängt, um Chinas Fähigkeit zur Produktion von Halbleitern für Waffensysteme und Systeme Künstlicher Intelligenz (KI) einzuschränken. Sie begründeten dies mit der eigenen nationalen Sicherheit. Betroffen sind Ausfuhren von Technologien und Software an 140 Firmen, darunter mehrere Chiphersteller.

Am Dienstag dann kündigte die chinesische Regierung ihrerseits weitere Beschränkungen für die Ausfuhren von wichtigen Rohstoffen in die USA an. So braucht es bei US-Exporten der Metalle Gallium, Antimon und Germanium und weiteren Materialien, die auch für militärische Zwecke genutzt werden können, künftig eine Ausfuhrgenehmigung. Beim Export

von Graphit soll es strenge Überprüfungen geben.

Langhammer sieht mehrere Gründe für das Vorgehen Chinas. Die asiatische Wirtschaftsmacht wolle zunächst diejenigen eigenen Firmen identifizieren, die der westlichen Halbleiterproduktion und der Rüstungsindustrie schaden könnten. Außerdem gehe es darum, Schwachstellen in der US-Produktion zu finden, die eigene Resilienz zu stärken und Wettbewerbsvorteile zu schaffen.

Nicht zuletzt sei das Vorgehen ein Signal an den künftigen US-Präsidenten Donald Trump, dass sich China „auf einen Handelskrieg mit Zöllen gut vorbereitet sieht“. Das Land wolle zeigen, dass es „statt einer simplen Behinderung chinesischer Güterexporte auf seine Trumpfkarte setzt“, nämlich die „Kontrolle des Zugangs zu kritischen Rohstoffen für die IT-Industrie“.

MBI/AFP/crb

MATFLIXX
Rohstoffpreise à la carte

Individuell
intuitiv international

- Individuelles Dashboard
- Materiallisten selbst zusammenstellen
- Prognosen, Marktberichte und Analysen
- API Schnittstelle / White-Label-Lösungen

MATFLIXX FREEMIUM

Kraftfahrt-Bundesamt Automarkt schrumpft im November leicht

Der deutsche Automarkt ist im November nur leicht geschrumpft und liegt damit auch auf Jahres-sicht leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Insgesamt wurden vergangenen Monat 244.544 Personenkraftwagen (Pkw) neu zugelassen, ein Rückgang von 0,5 Prozent, wie das Kraftfahrt-Bundesamt mitteilte. Bei den gewerblichen Zulassungen stieg das Volumen um 4,3 Prozent, bei den privaten Neuzulassungen sank die Zahl dagegen um 9,3 Prozent ab. Bezogen auf die ersten elf Monate liegt der Markt 0,4 Prozent unter Vorjahresniveau.

Unter den deutschen Marken erreichte Porsche im November ein Plus von 16,8 Prozent. Einstellige Zuwächse verzeichneten Mercedes (+5,8%) und BMW (+2,2%), VW erreichte ein Plus von 0,7 Prozent, so das KBA. Einstellige Zuwächse verzeichneten Mercedes (+5,8%) und BMW (+2,2%), VW erreichte ein Plus von 0,7 Prozent. Rückläufig waren die Neuzulassungszahlen etwa bei Audi (-19,2%), Opel (-7,5%) und Ford (-6,7%).

Der Anteil der neuzugelassenen vollelektrischen Autos (BEV) sackte um 22 Prozent auf nur noch 35.167 Elektro Pkw ab. Ihr Anteil betrug somit 14,4 Prozent, so das KBA weiter. Pkw mit Hybridantrieb waren deutlich gefragter, der Anteil kletterte um 20 Prozent auf 94.554 Autos. Die Neuzulassungen von Wagen mit Benzinantrieb sanken um 5,4 Prozent, die mit Dieselmotor um 7,5 Prozent. MBI/DJN/crb

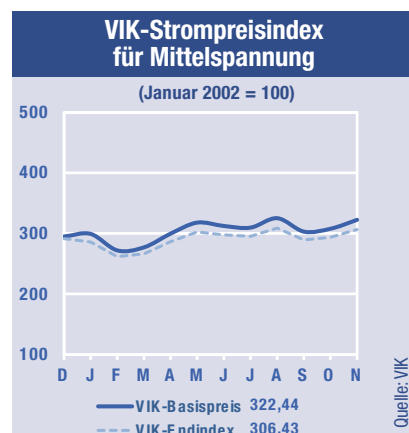
MATFLIXX
Rohstoffpreise à la carte

Zuliefererindustrie Geschäftsklima im November erneut rückläufig

Das saisonbereinigte ifo-Geschäftsklima der deutschen Zulieferer verschlechterte sich im November nach dem leichten Plus des Vormonats erneut. So gab das Geschäftsklima um 2,3 Punkte auf einen Wert von minus 32,7 Punkte nach. Die Lage der Zulieferer bleibe weiterhin äußerst angespannt, so die Arbeitsgemeinschaft Zuliefererindustrie (Argez). In den letzten drei Monatsabfragen blieb der Anteil derer, die die aktuelle Lage als „gut“ bezeichnen, jeweils im einstelligen Bereich.

Zudem hat sich die Erwartungshaltung der Zulieferer im Monatsvergleich erheblich verschlechtert. Bei nur 5,4 Prozent, die eine Verbesserung in den kommenden sechs Monaten erwarten, liegt der Saldo inzwischen bei minus 31,4 Punkten.

„Während Trumps Ankündigungen zu Zöllen gegenüber Nachbarländern, Europa und China nun akuter werden und die deutsche Zuliefererindustrie mittel- und unmittelbar vor erhebliche Herausforderungen zu stellen drohen, zeichnet sich in Deutschland ein Wahlkampf ab, in dem ein Kernthema die Situation der deutschen Industrie und des Wirtschaftsstandortes Deutschlands ist“, schreibt die Arbeitsgemeinschaft. MBI/crb



Industriestrom VIK-Indizes im November weiter gestiegen

Die VIK-Indizes sind im November weiter gestiegen, wie der Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK) mitteilt. Nach VIK-Angaben gewann der Basisindex gegenüber dem Vormonat um 14,70 (plus 4,8 Prozent) auf 322,44 Punkte, der VIK-Endindex stieg um 13,03 (plus 4,4 Prozent) auf 306,43 Punkte. Der gleitende Jahresdurchschnitt liegt aktuell bei 304,4 Punkten für den VIK-Basisindex und bei 291,21 Punkten für den VIK-Endindex.

Die für die Ermittlung relevanten Strom-Quartalspreise (Q1 bis Q4/2025) stiegen nach Angaben des VIK nach einer kurzen Seitwärtsbewegung zu Monatsbeginn bis Mitte KW 47 an, um sich dann wieder seitwärts zu bewegen. Hintergrund für den Preisanstieg waren mehrere politische Unsicherheiten neben dem Nahost-Konflikt und dem Krieg in der Ukraine. Insbesondere die Wahl Trumps zum US-Präsidenten und seine Ankündigung, zukünftig verstärkt auf konventionelle Energiequellen setzen zu wollen, zeigte Wirkung.

Die für die aktuellen VIK-Indizes maßgeblichen Stromgroßhandelspreise an der EEX stiegen im Handelsmonat November 2024 gegenüber dem Vormonat im Durchschnitt um 6,57 auf 94,44 Euro je Megawattstunde (Base) bzw. um 7,68 auf 103,96 Euro je Megawattstunde (Peak). MBI/map/crb

MBI NE-METALLE MONITOR

Mit Content von Dow Jones

Branchen & Märkte

Freitag, 6. Dezember 2024 | Nr. 25

Automobilindustrie

Abwanderung der Zulieferer ins Ausland befürchtet

Die deutsche Automobilindustrie hat vor einer zunehmenden Abwanderung ihrer Zuliefererbetriebe ins Ausland gewarnt. Die Unternehmen seien mit ihren Produkten international wettbewerbsfähig, „der Standort ist es für viele Unternehmen aktuell nicht“, sagte die Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie (VDA), Hildgard Müller, der „Augsburger Allgemeinen“. „Wenn die politische Kurskorrektur ausbleibt, werden die für die Transformation der Automobilindustrie notwendigen Investitionen zunehmend nicht mehr in Deutschland und Europa getätigt werden, sondern woanders“, warnte sie.

Viele Firmen berichteten außerdem von Problemen, an Bankkredite zu kommen, um ihre Geschäftsmodelle und Produkte auf Elektromobilität auszurichten.

MBI/AFP/crb

China

Absatz von Elektroautos wächst deutlich zweistellig

Die monatlichen Auslieferungen von Elektrofahrzeugen bei den chinesischen Herstellern Nio, XPeng und Li Auto haben im November deutlich zweistellige Wachstumsraten verzeichnet. Für Dezember wird eine weitere Beschleunigung erwartet. Die Nachfrage nach Elektrofahrzeugen bleibt in China weiterhin hoch, das Umfeld für die Preisgestaltung ist jedoch sehr wettbewerbsintensiv und die Kapazitätsauslastung niedrig. Nio meldete für November 20.575 Fahrzeug-Auslieferungen, ein Zuwachs von etwa 29 Prozent zum Vorjahresmonat.

Auf der Grundlage der jüngsten Unternehmensprognosen für das Gesamtjahr, die mit den Ergebnissen des dritten Quartals bekannt gegeben wurden, erwartet Nio, im Dezember etwa 32.000 Autos auszuliefern. Dies wäre eine Steigerung von 77 Prozent im Vorjahresvergleich und ein Rekord. Li hat im November 48.740 Fahrzeu-

ge ausgeliefert, etwa 19 Prozent mehr als im Vorjahr. Auf der Grundlage der jüngsten Unternehmensprognosen dürfte das Unternehmen im Dezember etwa 65.000 Fahrzeuge ausliefern, ein Plus von 29 Prozent zum Vorjahr. Bei XPeng wurden im November 30.895 Fahrzeuge ausgeliefert, etwa 54 Prozent mehr als vor einem Jahr. Im Dezember dürfte laut Unternehmensprognose 34.000 Fahrzeuge ausgeliefert werden.

Zusammen haben die drei chinesischen Elektroautohersteller im November 100.210 Fahrzeuge verkauft. Das ist ein Monatsrekord. Die Prognosen für Dezember gehen von etwa 131.000 verkauften Fahrzeugen aus, ein weiterer Rekord.

MBI/DJN/crb

Maschinenbau

Kunden nach wie vor „sehr zurückhaltend“

Die Auftragslage im deutschen Maschinen- und Anlagenbau ist im Oktober schwach geblieben. Die Bestellungen sanken um real neun Prozent im Vergleich zum Vorjahreswert, wie der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) berichtete. Zwar verbuchten die Unternehmen im Inland wieder ein Orderplus von drei Prozent. Zugleich lagen jedoch die Auslandsorders um 14 Prozent unter dem Vorjahresniveau, wobei die Rückgänge in den Euro-Ländern (minus 14 Prozent) ähnlich hoch ausfielen wie die in den Nicht-Euro-Ländern (minus 13 Prozent).

„Beide Ergebnisse sollten nicht überbewertet werden“, erläuterte VDMA-Chefvolkswirt Ralph Wiechers. „Das Inlandsplus basiert auf einer äußerst schwachen Vergleichsbasis im Vorjahr. Das kräftige Minus im Auslandsgeschäft dagegen erklärt sich mit Großanlagengeschäften vor einem Jahr.“

Für die ersten zehn Monate des laufenden Jahres errechnet sich nach Angaben des VDMA ein Minus der Bestellungen von insgesamt acht Prozent. „Es bleibt dabei, dass die Kunden im Maschinenbau mit neuen

Investitionen sehr zurückhaltend sind“, sagte Wiechers. Im weniger schwankungsanfälligen Dreimonatszeitraum August bis Oktober wurden real drei Prozent weniger Bestellungen verbucht. Aus dem Inland kamen dabei sieben Prozent weniger Orders, aus dem Ausland waren es ein Prozent weniger Aufträge (Euro-Länder: minus vier Prozent, Nicht-Euro-Länder: keine Veränderung).

MBI/DJN/crb



Impressum

Herausgeber und Verlag:

MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG (MBI), Redaktion: Mergenthalerallee 77, 65760 Eschborn
Sitz der Gesellschaft: Frankfurt am Main, Amtsgericht Frankfurt HRA 47673

Geschäftsführer:

Martin Brückner

Verantwortlich für den Inhalt:

Armin Kalbfleisch, Tel.: +49(0)6196/93494-11
E-Mail: armin.kalbfleisch@mbi-infosource.de
Internet: www.mbi-infosource.de

Abonnenten-Service:

service@mbi-infosource.de oder
+49(0)69/2710760-11

Anzeigen-Verkauf:

anzeigen@mbi-infosource.de oder
+49(0)69/2710760-24

Die Fachpublikationen von MBI stützen sich neben umfangreicher Eigenberichterstattung auf Dow Jones Newswires sowie weitere international tätige Nachrichtenagenturen. Alle Meldungen werden mit journalistischer Sorgfalt erarbeitet. Für Verzögerungen, Irrtümer und Unterlassungen wird jedoch keine Haftung übernommen. Kopien, Nachdrucke oder sonstige Vervielfältigungen nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Erscheinungsweise: 2-mal monatlich

MBI Research NE-Metalle-Prognose (in USD/t)					
LME 3M-Forward	29.11.2024	06.12.2024	13.12.2024	20.12.2024	27.12.2024
Aluminium	2.586	2.610	2.516	2.568	2.565
Kupfer	8.991	9.275	8.870	9.105	9.127
Blei	2.074	2.090	1.946	1.928	1.971
Nickel	16.010	16.324	15.709	15.778	15.765
Zinn	28.450	29.520	28.554	29.162	29.410
Zink	3.089	3.189	3.085	3.127	3.139

Quelle: MBI Research

MBI Research NE-Metallprognose

Wirtschaftsdaten in China besser, aber politische Unsicherheit

Für die letzten beiden Wochen im November waren die quantitativen Modelle von MBI Research bei den sechs wichtigsten NE-Metallen an der LME pessimistisch. Sie sagten nämlich bei den 3-Monats-Forwards voraus, dass der offizielle Ask-Preis am letzten Freitag im November jeweils tiefer als 14 Tage zuvor liegen würde. Dies traf jedoch nur bei drei NE-Metallen zu. Bei Aluminium, Kupfer und Zinn fielen die Preise nicht nur wie erwartet, sondern gingen über das Preisziel hinaus nach unten. Bei Nickel sowie den Schwestermetallen Blei und Zink kam es hingegen zu steigenden Notierungen, sodass der Preis am 29. November über dem jeweiligen Preisziel lag.

Dies bedeutet für die Prognosen der zwei Wochen zum 13. Dezember, dass es bei Aluminium, Kupfer und Zinn zu Revisionen nach unten kommt, während bei den restlichen drei NE-Metallen die Prognosen angehoben werden. Für die folgenden beiden Wochen zum letzten Freitag in diesem Jahr gehen die Modellprognosen von steigenden Notierungen aus.

Aber die Jahresend rally bei den NE-Metallen dürfte nur bei Kupfer, Zinn und Zink hinreichend stark sein, um zu einem Plus beim Vergleich über vier Wochen zu führen. Durch die negative Entwicklung in den zwei Wochen zum 13. Dezember sollten im Vier-Wochen-Vergleich Aluminium, Blei und Nickel im Minus enden.

Noch ist Donald Trump nicht als 47. Präsident der USA ins Amt eingeführt aber ruderte er von Ankündigungen zurück, die für die NE-Metallmärkte von erheblicher Bedeutung sind. Im Wahlkampf kündigte er an, dass alle Importe aus China mit einem Zollsatz von 60 Prozent und aus anderen Ländern mit 25 Prozent belegt werden sollen. Zwischenzeitlich drohte er mit Zollsätzen von 100 Prozent für China. Zuletzt gerieten Mexiko und Kanada ins Visier, die mit einem Zollsatz von 25 Prozent belegt werden sollen, während der Tarif für China um 10 Prozent steigen soll.

Höhe der US-Zölle für China steht noch nicht fest

Wie hoch der Zollsatz für China sein soll, scheint noch nicht definitiv festzustehen. Für die NE-Metallmärkte bedeutet dies jedoch eine Unsicherheit. Und jede neue Verlautbarung von Trump kann, wie auch zuletzt gesehen, zu Bewegungen bei den NE-Metallpreisen in beide Richtungen führen. Eine Wirkung zeigen aber die drohenden US-Zölle auf Waren aus China: Die Teilkomponenten zum Auftragsingang, auch für Exporte, sind bei den Indizes der Einkaufsmanager (PMI) im Verarbeitenden Gewerbe gestiegen. MBI Research führte ja auch nach der Wahl von Trump aus, dass noch schnell aus China impor-

tiert werden dürfte, bevor höhere Zollsätze greifen. Dies trug auch dazu bei, dass die Indizes insgesamt weiter zulegten. Der offizielle PMI nahm im November von 50,1 auf 50,3 Punkte zu, während der PMI von S&P Global sogar noch kräftiger von 50,3 auf 51,5 Punkte zulegte. Dies war jeweils der zweite Anstieg auf über 50 Punkte in Folge.

Die Märkte sowohl bei Stahl als auch bei den NE-Metallen spekulieren darauf, dass die Regierung in China neue Maßnahmen zur Konjunkturstimulierung beschließen wird, was schon jetzt die Nachfrage nach den Metallen stärkt. Doch hier ist Vorsicht geboten. Zum einen wird, selbst wenn neue Maßnahmen ergriffen werden, die erhoffte Bazooka wohl nicht ausgepackt werden. Chinas Regierung geht zielgerecht vor, um die Schwachstellen zu beseitigen.

Zweitens ist mit den PMIs über der kritischen Schwelle die Wirtschaft ja wieder auf Wachstumskurs. Neue Maßnahmen könnten also nicht erforderlich sein. Und in diesem Fall ist es besser, das Pulver trocken zu halten. Letzteres trifft dann auch für den dritten Grund zu. Es macht wenig Sinn, bereits Maßnahmen zur Verteidigung gegen die US-Zollpolitik unter Donald Trump zu ergreifen, solange dieser noch nicht im Amt ist und auch die Festsetzung der Zolltarife noch nicht fixiert ist. ▶▶

MBI NE-METALLE MONITOR

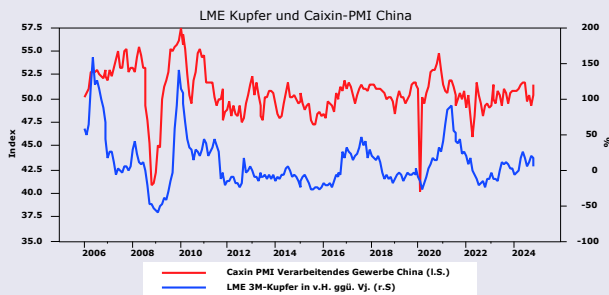
Mit Content von Dow Jones

Marktanalyse Aluminium & Kupfer

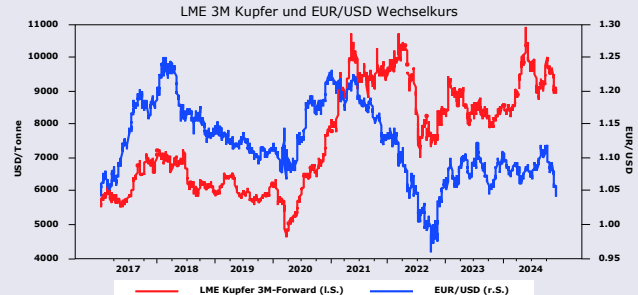
Freitag, 6. Dezember 2024 | Nr. 25

MBI Indikatoren NE-Metalle

Steigende PMIs in China sind eine Unterstützung für die NE-Metallpreise



Zinsaussichten und politische Unsicherheit belasten Euro und NE-Metallpreise



» Erstaunlich ist bei den PMIs auch, dass hier China nicht am schlechtesten dasteht, sondern am besten unter den drei wichtigsten Regionen. In den USA sind die PMIs für die industrielle Fertigung zwar ebenfalls gestiegen. Der Erfinder dieser Indikatoren ist das Institute for Supply Management (ISM). Deshalb wird deren PMI auch am stärksten beachtet. Für November ging der Konsens unter den Bankvolkswirten an der Wall Street davon aus, dass es zu einem deutlichen Anstieg um 1,2 Punkte kommen würde. Aber es ging weitaus kräftiger nach oben, von 46,5 auf 48,4 Punkte. Der von S&P Global ermittelte PMI für das Verarbeitende Gewerbe stieg ebenfalls kräftiger als erwartet, von 48,5 auf 49,7 Punkte. Allerdings liegen die PMIs in den USA noch unter der als kritisch betrachteten Schwelle von 50. Doch der Abstand ist hinreichend gering, sodass auch expansive Impulse auf die US-Industrie ausgehen könnten.

Gemessen an den Aussichten für die Industrie in der Eurozone ist schwarz noch eine helle Farbe. Der Konsens ging von einer Verbesserung bei den PMIs schon anlässlich der Veröffentlichung der vorläufigen Zahlen aus. Aber bei den finalen Daten ging es nochmals weiter nach unten. Per Saldo blieb somit der deutsche PMI unverändert bei sehr niedrigen 43,0 Punkten. In Frankreich ging es von 44,5 auf 43,1 Punkte deutlich bergab. Der PMI für Italien brach am stärksten weg, um 2,4 auf 44,5 Punkte. Nur der spanische PMI liegt für

das Verarbeitende Gewerbe noch über der Marke von 50 Punkten, ging jedoch ebenfalls zurück, von 54,5 auf 53,1 Punkte. Hierdurch fiel der PMI für die Eurozone insgesamt im November von 46,0 auf 45,2 Punkte. Die PMIs für den Dienstleistungssektor boten noch eine Unterstützung für die Konjunktur. Aber diese ist nun im November ebenfalls weggebrochen, denn für die Eurozone kam es zu einem Fall um 2,1 auf 49,5 Punkte. Dies kann mit Verzögerungen zu weiteren Einbußen bei der NE-Metallnachfrage führen, da die privaten Haushalte weniger Industrieprodukte nachfragen dürften.

Schlechte Aussichten für Industrie der Eurozone

Dies löst aber auch über einen anderen Wirkungsweg Preisdruck bei den NE-Metallpreisen an der LME aus. Für die Fed erscheint es nun durchaus möglich, dass bei der FOMC-Sitzung im Dezember keine Zinssenkung erfolgt. Denn die Konjunkturindikatoren sind positiv, der Arbeitsmarkt ist robust und die Inflationsrate nahm zuletzt wieder leicht zu. Auch bietet es sich an abzuwarten, wie die Zollpolitik von Donald Trump tatsächlich ausfällt. Die EZB steht jedoch vor einer schwierigeren Aufgabe. Zwar ist auch die Inflationsrate in der Eurozone mit 2,3 Prozent wieder gestiegen. Doch die BIP-Revisionen nach unten und die schwachen PMIs für November sprechen klar dafür, dass die EZB die Zinsen insgesamt kräftiger als die Fed senken sollte. Belastet wird der

Euro gegenüber dem US-Dollar aber nicht nur von den Aussichten für die Zinspolitik der Fed, sondern auch von politischen Risiken. Dies wirkt sich wiederum negativ auf die NE-Metallpreise aus.

Die Investmentfonds haben ihre Longpositionen überwiegend reduziert, aber bei Blei und Zink erhöht. Aber auch Shortpositionen wurden verringert und nur bei Kupfer und Zinn erhöht. Hierdurch fielen in den zwei Wochen zum 29. November die Netto-Longpositionen bei Aluminium, Kupfer und Zinn. Bei Zink nahm die Netto-Longposition hingegen zu, während die Netto-Shortpositionen bei Blei und Nickel abnahmen. Diese Divergenzen unterstreichen ebenfalls, dass die Investoren eine eher abwartende Haltung einnehmen. Dies könnte sich im Dezember noch fortsetzen, bis die Investoren wieder stärkere Überzeugungen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Nachfrage haben.

Peter Fertig/MBI Research

Diese Analyse wurde mit größtmöglicher Sorgfalt und ausschließlich zu Informationszwecken erstellt. Das Risiko einer jeden Investitionsentscheidung, die auf obiger Analyse basiert, trägt der Investor allein. MBI übernimmt nicht die Verantwortung für eventuell daraus entstehende Verluste oder Kosten.

MBI NE-METALLE MONITOR

Kurse & Preise NE-Metalle vom 05.12.2024

Deutsche Händlerpreise (EUR/100kg, sofern nicht anders angegeben)

Ausgewählte Metalle	5.12.	4.12.
MBI Kupfer Benchmark	857,52-860,28	859,88-862,59
MK (Metallnotierung Kupfer)	996,40	998,62
Metallbasis Bronze 94/6	1184,00	1185,00
Messing MS 58 1.Verarb'stufe	800,00-818,00	801,00-819,00
Messing MS 58 2.Verarb'stufe	889,00-889,00	890,00-890,00
Messing MP 58	746,40	746,90
Messing MS 63	810,00-810,00	811,00-811,00
Metallbasis Messing 63/37	835,00-835,00	836,00-836,00
Zinn 99,9% loco Duisburg	2808,00	2787,00
Alu, 99,7% DDP Rhein-Ruhr-Freihafen	280,00	277,00
Alu, 99,7% DDU Rhein-Ruhr-Freihafen	277,43	274,86
Aluminium in Kabeln	301,81	298,54
Kupfer, hochgr. Kath., Kasse	859,00	861,00
Kupfer, hochgr. Kath., 3 Monate	869,00	871,00

Zinklegierung*	4.12.	27.11.
Zinklegierung Z 400/410, Basispreis	383,00	385,00

Messinglegierungen*	4.12.	27.11.
Rotguss RG 5	800,00-810,00	790,00-800,00
Rotguss RG 7	810,00-820,00	800,00-810,00
Rotguss RG 10	840,00-850,00	830,00-840,00
Gussbronze GBZ 10	870,00-880,00	860,00-870,00
Gussbronze GBZ 12	890,00-900,00	880,00-890,00
Gussbronze GBZ 14	910,00-920,00	900,00-910,00

Ferrolegerungen*	5.12.	28.11.
Molybdän Oxid Pulver (USD/lb)	21,20-21,60	21,30-21,60
Ferro-Molybdän 65 (USD/Kg)	50,00-50,50	50,20-50,70
LC Ferro-Chrom 0,10% (USD/lb)	1,87-1,92	1,90-1,95
Ferro-Vanadium 80 (USD/kg)	26,00-26,50	26,00-26,50
Ferro-Silizium 75 (EUR/t)	1250,00-1350,00	1250,00-1350,00
Ferro-Titan 70 (USD/kg)	6,20-6,40	6,20-6,40
Ferro-Wolfram 80 (USD/kg)	42,50-43,50	42,50-43,50
Ferro-Mangan carbure (EUR/t)	970,00-1000,00	970,00-1000,00
Ferro-Mangan Metall (USD/t)	1930,00-1980,00	1930,00-1980,00

Alu-Gussleg. frei Verbraucher (3t)	4.12.	27.11.
Nr. 226	321,00-331,00	322,00-332,00
Nr. 231	329,00-339,00	330,00-340,00
Nr. 233	338,00-348,00	339,00-349,00

NE-Metall-Schrotte*	4.12.	27.11.
Kabul (Milberry)	815,00-820,00	810,00-815,00
Kasus (Granulat I)	820,00-825,00	815,00-820,00
Katze (Granulat II)	790,00-795,00	785,00-790,00
Kader (Berry)	775,00-780,00	770,00-775,00
Kupferdraht (Kanal)	775,00-780,00	770,00-775,00
Schwerkupfer (Keule)	755,00-760,00	750,00-755,00
Leichtkupfer (Klima)	735,00-740,00	730,00-735,00
Schwermessing (Milbe)	450,00-455,00	445,00-450,00
Leichtmessing (Modus)	430,00-435,00	425,00-430,00
Rotguss-Schrott 1.Qu. (Radar)	680,00-685,00	675,00-680,00
Rotguss-Schrott 2.Qu. (Rampe)	660,00-665,00	655,00-660,00
Umschmelzzink	225,00-230,00	220,00-225,00
Altzink	195,00-200,00	190,00-195,00
Messingstangenspäne MS58 (Maler)	540,00-545,00	530,00-535,00
Messingblechabfälle MS 63 (Magda)	590,00-595,00	580,00-585,00
Chromstahl	32,00-37,00	32,00-37,00

Chromnickelstahlabf. V-II a	102,00-107,00	100,00-105,00
Chromnickelstahlabf. V-IV a	210,00-215,00	205,00-210,00
Altblei (Paket)	165,00-170,00	160,00-165,00
Akkublei (in Kästen)	60,00-65,00	57,00-62,00

Aluminiumschrott	4.12.	27.11.
Alu, neu, Cu-am	160,00-165,00	155,00-160,00
Reinaluminiumdraht	245,00-250,00	240,00-245,00
Gusschrott, max. 2% FE	125,00-130,00	125,00-130,00
Alu-Blechabf. max. 5%	115,00-120,00	115,00-120,00
Alu-Späne Toleranz 5%	100,00-105,00	100,00-105,00
Alu-Profilabf., AlMgSi 0,5	245,00-250,00	240,00-245,00

MATFLIXX
Rohstoffpreise à la carte

Stahl – NE-Metalle – Kunststoffe – Energie

www.matflixx.de

✉ service@matflixx.de

☎ +49 (0) 69 271 07 60 11

LME-Notierungen (EUR/100kg)*	5.12.	4.12.
Aluminium HG, Kasse	248,65-248,70	246,14-246,19
Aluminium HG, 3 Monate	250,88-250,93	249,14-249,24
Aluminium Alloy, Kasse	212,87-213,82	213,69-214,64
Aluminium Alloy, 3 Monate	213,06-214,01	213,97-214,93
Blei, Kasse	195,98-196,07	195,67-195,77
Blei, 3 Monate	198,63-198,73	198,25-198,44
Kupfer, Kasse	850,95-851,00	853,03-853,13
Kupfer, 3 Monate	861,92-862,10	864,09-864,28
Nickel, Kasse	1496,63-1497,11	1501,62-1502,10
Nickel, 3 Monate	1513,71-1514,19	1522,59-1527,35
Zink SHG, Kasse	294,01-294,11	293,08-293,27
Zink SHG, 3 Monate	295,39-295,48	294,61-294,80
Zinn HG, Kasse	2737,02-2738,92	2713,97-2718,74
Zinn HG, 3 Monate	2768,81-2771,19	2740,18-2749,71
Kobalt, Kasse	2258,71-2306,16	2268,39-2316,05
Kobalt, 3 Monate	2258,71-2306,16	2268,39-2316,05

*Umrechnung der US-Dollarpreise auf Basis des offiziellen LME-Umrechnungskurses

Edelmetalle	5.12.	4.12.
Gold **), (EUR/kg fein)	84610,00	85240,00
Gold, verarbeitet **), (EUR/kg fein)	88620,00	89280,00
Silber **), (EUR/kg fein)	1036,00	1023,60
Silber, verarbeitet **), (EUR/kg fein)	1112,80	1099,50
Platin, verarb. (EUR/g fein)	32,22	32,42
Palladium, verarb. (EUR/g fein)	32,93	32,83
Iridium, verarb. (EUR/kg fein)	170310,00	171450,00
Rhodium, verarb. (EUR/kg fein)	167290,00	168410,00
Ruthenium, verarb. (EUR/kg fein)	18890,00	19020,00

**) Basis Londoner Fixing / Preise von W. C. Heraeus GmbH

* wöchentlich erfasste deutsche Händler Preise. Es handelt sich hierbei um die aktuellsten verfügbaren Preise aus den vergangenen sieben Tagen.